

Anlage C (Verwendungsnachweis zu 6.3)

NRW.BANK
Förderprogrammgeschäft
102-81300
48134 Münster

Aktenzeichen des
Zuwendungsbescheides:

vorausgefüllt

Verwendungsnachweis

Maßnahme:	Entlastung von Beitragspflichtigen bei Straßenausbaumaßnahmen	
Zuwendungsempfängerin/ Zuwendungsempfänger		
Gemeinde/ -verband:	vorausgefüllt	
Anschrift:	Straße/PLZ/Ort vorausgefüllt	
Postfach:	Postfach/PLZ/Ort vorausgefüllt	
E-Mail-Adresse:	DE-Mail	E-Mail-Adresse @
	Telefon	Fax
Ansprechpartnerin/ Ansprechpartner:	Name/ Amtsbezeichnung/ Funktion	Telefon/E-Mail-Adresse
Bankverbindung:	IBAN vorausgefüllt Bezeichnung des Kreditinstituts	

Maßnahme	
Durch Zuwendungsbescheid der Bewilligungsbehörde:	vorausgefüllt
wurde für die Maßnahme: (Kurzbezeichnung)	
Aktenzeichen des Zuwendungsbescheides:	vorausgefüllt
am:	folgende Zuwendung bewilligt:
TT.MM.JJJJ	Euro

I. Sachbericht

Das durchgeführte Verwaltungsverfahren zur Erhebung der Straßenausbaubeiträge ist unter anderem mit Beginn, Dauer, Abschluss und wesentlichen Ereignissen bis zur Bestandskraft kurz zu skizzieren:	
Nur im Falle der Weiterleitung: Der Verwendungsnachweis der Weiterleitungsempfängerin/ des Weiterleitungsempfängers liegt vor und wurde geprüft. Als Ergebnis ist festzuhalten (zusammenfassende Bewertung auf - sachliche und rechnerische Richtigkeit sowie auf - Einhaltung aller Bestimmungen und Nebenbestimmungen des Weiterleitungsbescheides):	
Die Weiterleitung der empfangenen Zuwendung an die Weiterleitungsempfängerin/ den Weiterleitungsempfänger ist in voller Höhe erfolgt am:	TT.MM.JJJJ
Datum des Eintritts der Bestandskraft des letzten bestandskräftig gewordenen Beitragsbescheides im Zusammenhang mit der geförderten Maßnahme (im Falle einer vorangegangenen, vorläufigen Beitragserhebung ist das Datum der Bestandskraft der endgültigen Beitragsbescheide anzugeben):	TT.MM.JJJJ

II. Zahlenmäßiger Nachweis

	Lt. Zuwendungsbescheid	Ist – Ergebnis
1. Gesamtaufwand der Maßnahme:	vorausgefüllt	
2. abzgl. Gemeindeanteil (ggf. einschließlich der Beitragsanteile für gemeindeeigene Grundstücke; Eigenanteil):	vorausgefüllt	
3. Falls Ablösevereinbarungen für die einzelne	vorausgefüllt	

beitragspflichtige Maßnahme geschlossen wurden: Höhe des aufgrund fiktiver Beitragsberechnung ermittelten, durch Ablösevereinbarungen bereits fiktiv abgedeckten, ansonsten von den Beitragspflichtigen zu zahlenden umlagefähigen Aufwands:		
4. Zuwendungsfähige Gesamtausgaben (von den Beitragspflichtigen zu zahlender umlagefähiger Aufwand vor Förderung ggf. abzgl. des Betrages nach Nr. 3:):	vorausgefüllt	
A. Bei Erhebung durch Gebührenbescheid:		
Von den Beitragspflichtigen zu zahlender umlagefähiger Aufwand (Summe der Forderungen lt. Gebührenbescheid):	vorausgefüllt	
5. Förderung ¹	vorausgefüllt	
Differenz zwischen Förderung lt. Zuwendungsbescheid und Ist- Ergebnis:		
Anzahl der geförderten Beitragsbescheide:		

	Lt. Antrag	Ist – Ergebnis
B. Bei Förderung von Ablösevereinbarungen:		
B1. Zuwendungsfähige Gesamtsumme (Summe der Beträge aller abgeschlossenen Ablösevereinbarungen):	vorausgefüllt	
B2. Beantragte Förderung (Entlastung der Vertragspartnerinnen und -partner der Ablösevereinbarung) (50 % von Nr. B1, aber max. 50% von Nr. B3):	vorausgefüllt	

¹ Der Betrag in der Spalte „Ist Ergebnis“ entspricht dem niedrigeren Wert aus 50% vom Wert „Zuwendungsfähige Gesamtausgaben“ (Ist – Ergebnis) oder dem Wert „Von den Beitragspflichtigen zu zahlender umlagefähiger Aufwand“ (Ist – Ergebnis).

B3. Von den Vertragspartnerinnen und Vertragspartnern der Ablösevereinbarung effektiv gezahlte Beträge (Höhe muss mind. Nr. B2 entsprechen):	vorausgefüllt	
Förderung:	vorausgefüllt	
Differenz zwischen Förderung lt. Antrag und Ist- Ergebnis:		
Gesamtdifferenz zwischen Förderung lt. Antrag und Ist- Ergebnis aus den Teilen A und B:		

Es wird bestätigt, dass

- die Allgemeinen und besonderen Nebenbestimmungen des Zuwendungsbescheides beachtet wurden.

Soweit Beitragsbescheide gefördert wurden:

- in den Beitragsbescheiden auf die Förderung durch das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen und auf die jeweilige Förderhöhe hingewiesen wurde,
- die Ausgaben entstanden sind und die Angaben im Verwendungsnachweis mit den Büchern und Belegen übereinstimmen,
- für die Durchführung der Maßnahme keine weitere Förderung von Dritten gewährt wurde oder noch gewährt wird,
- die Originalbelege für die Dauer von fünf Kalenderjahren nach Vorlage dieses Verwendungsnachweises für Prüfzwecke vorgehalten werden,
- von dem von den Beitragspflichtigen zu zahlenden umlagefähigen Aufwand die Fördersumme abgezogen wurde,
- auf Grundlage des so reduzierten, von den Beitragspflichtigen zu zahlenden umlagefähigen Aufwands die Beitragsbescheide auf Grundlage des kommunalen Satzungsrechts oder von der rechtlich verselbständigten Person des öffentlichen Rechts auf Grundlage ihres Satzungsrechts erlassen wurden und
- die Bestandskraft aller durch die Gemeinde, den Gemeindeverband oder die juristische Person des öffentlichen Rechts erlassenen (bei zunächst vorläufiger Beitragserhebung: der endgültigen) Beitragsbescheide zu den Straßenausbaubeiträgen der geförderten Maßnahme eingetreten ist.

Soweit Ablösevereinbarungen gefördert wurden:

- die Zuwendungsempfängerin/ der Zuwendungsempfänger nach Durchführung der Straßenausbaumaßnahme eine fiktive Beitragsberechnung durchgeführt hat, aus der sich ergibt, dass der vereinbarte Ablösebetrag den im Einzelfall fiktiv zu zahlenden Straßenausbaubeitrag nicht überschreitet,
 - zur Förderung von Ablösevereinbarungen erhaltene Beträge vollständig an die Vertragspartnerin/-partnerinnen oder den/ die Vertragspartner ausgekehrt wurden.

Anlagen:

- Kopie eines Beitragsbescheides der Maßnahme (als Muster)
- Sofern Ablösevereinbarungen gefördert wurden:
Kopie einer Ablösevereinbarung (als Muster)

Nur sofern die Weiterleitung der Zuwendung erfolgt ist:

- Kopie des Zuwendungsbescheides an die Weiterleitungsempfängerin/ den Weiterleitungsempfänger
- Nachweis über die unverzügliche Weiterleitung der Zahlungsmittel
- Geprüfter Verwendungsnachweis der Weiterempfängerin/ des Weiterleitungsempfängers

Ort und Datum	Dienstsiegel und rechtsverbindliche Unterschrift der Hauptverwaltungsbeamtin/ des Hauptverwaltungsbeamten oder Vertreterin/ Vertreter im Amt